

Angelika Voile und Werner Weidenfeld (Hrsg.)

UROPA HATZUKUNFT

Der Weg ins 21. Jahrhundert

Beiträge und Dokumente aus INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Susanne Laux und Dagmar Schittly

VERLAG FÜR INTERNATIONALE POLITIK GMBH BONN
1998

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	XI
von Angelika Voile und Werner Weidenfeld	

- MEILENSTEINE -

EUROPAISCHE INTEGRATION UND EUROPAS ROLLE IN DER WELT

Europa denken	1
von Timothy Garton Ash	

Angesichts der 1996 anstehenden Reform der Europäischen Union versucht der Autor, „Europa zu denken“, und er tut dies aus sehr britischer Sicht. Er warnt davor, das gesamte „Unternehmen Europa“ durch eine „Vereinigung mit Hilfe des Geldes“ zu gefährden, und empfiehlt den Europäern ein wenig mehr britisches Denken, sowie skeptisch, empirisch und pragmatisch zu handeln.

Europas neues Gesicht	10
von Werner Weidenfeld	

Das „kleine“ Europa wird zum „großen“, geographisch erweitert sowie mit neuen Aufgabenfeldern betraut, vor allem der gemeinsamen Wahrung. Der Vertrag von Amsterdam, so *Weidenfeld*, weist dieser Entwicklung gegenüber erhebliche Defizite auf. Statt dieses „Flickwerks“ bedürfte Europa einer umfassenden Reform seiner materiellen und institutionellen Grundlagen.

Abschied vom Europa der Bürger?	16
von Bernard Cassen	

Wie kann die „völlige Indifferenz“ der Bürger gegenüber der Arbeit der Regierungskonferenz und dem Amsterdamer Vertrag überwunden werden? Professor *Cassen*, Generaldirektor von *Le Monde diplomatique*, diskutiert die Verbindung zwischen gemeinschaftlichem, öffentlichem und politischem Raum und fordert auf zur freimütigen öffentlichen Debatte über den Zustand und die Perspektiven der Union, statt die Einführung des Euro zu überstürzen.

Auf dem Weg zum Ziel.	21
Die Ergebnisse des Vertrags von Amsterdam	
von Wilhelm Schonfelder und Reinhard Silberberg	

Die Ergebnisse von Amsterdam und ihre Bedeutung für den Integrationsprozess werden vielerorts unterschätzt. Der Vertrag ist jedoch eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer engeren Union und reflektiert als Kompromiss zwischen 15 Mitgliedstaaten das derzeit politisch Machbare.

Nachdenken über den Europa-Begriff. Integrationsmotivation einst und jetzt 28
 von Roland Freudenstein

Die einstige Integrationsbegründung „Kriegsverhinderung“ reicht als Begründung für weitere Integrationsschritte nicht aus. Es liegt im nationalen Interesse, so der in Warschau lebende Autor, den neuen Herausforderungen - wirtschaftliche Globalisierung, EWU, neuen Sicherheitsproblemen und der Osterweiterung - durch eine reformorientierte Integration zu begegnen.

Die Bürokratisierung eines Abenteurers. Ohne Neubeginn bleibt Europa ein Körper ohne Seele 35
 von Jack Lang

Um das „Projekt Europa“ steht es, so der ehemalige französische Kulturminister, schlecht; Jack Lang sieht in ihm lediglich einen „Kolofn ohne Willenskraft“. Er ruft deshalb auf zur „Neugründung“ eines föderativen, dynamischen und zukunftsorientierten Europa.

Subsidiarität leben. Europäische Integration und nationale Souveränität 40
 von Peter Mandelson

Das Zeitalter der rein repräsentativen Demokratie neigt sich seinem Ende zu. Der Wunsch der Menschen nach einer stärkeren Beteiligung an Entscheidungsprozessen erstreckt sich auch auf das zusammenwachsende Europa. Peter Mandelson, einer der engsten Berater von Tony Blair, diskutiert die Frage, ob sich die europäischen Institutionen mit den gewandelten Strukturen und Werten der Gesellschaft in Einklang bringen lassen.

- EUROPA EINEN -
 ZUR ROLLE DER NATIONALSTAATEN UND DER REGIONEN

Neuer Nationalismus in Europa 45
 von Hugo Butler

Nationalismus ist in Europa wieder zu einer bewegenden, gestaltenden und umgestaltenden Kraft geworden; insbesondere in Osteuropa sieht der Chefredakteur der *Neuen Zürcher Zeitung* nationalistischen Machtwillen. Angesichts dieser Entwicklung haben UN, OSZE, EU und NATO die Aufgabe, wirksam zu handeln, um den neuen Nationalismus in die Schranken zu weisen.

Europäisches Deutschland oder deutsches Europa? Deutsche Interessenpolitik in Europa 51
 von Daniel Vernet

Insbesondere seit der Vereinigung fürchten Nachbarn und Partner ein hegemoniales Deutschland; deshalb muß die Bundesrepublik eine Außenpolitik definieren, die weder durch die Schatten der Vergangenheit noch durch die Arroganz einer wiedergefundenen Macht geprägt sein darf.

Europa der Nationalstaaten. Realistische Alternative oder Wunschdenken? 59
 von Michael Salewski

Vor allem die Deutschen haben lange Jahre der Idee eines deutschen Nationalstaats eine Absage erteilt; sie waren stolz darauf, vorbildliche Europäer zu sein. Aber sind Europa und Nationalstaat wirklich ein Gegensatzpaar? Der Autor, Historiker an der Universität Kiel, hält dies für eine Scheinalternative und fordert eine moderne Form des „Europa der Vaterländer“.

Impulse für Europa. 65**Wandel unter Tony Blair?**

von Bettina Schulz

Frankreichs Schritte in die europäische Zukunft 67

von Lucas Delattre

Polens Weg in die Westintegration 70

von Markus Mildenerger

Findet nach dem Regierungswechsel in Großbritannien eine neue EU-Ausrichtung des Landes statt? Großbritannien will kein politisch unbedeutender Außenseiter werden: Unter Premierminister Tony Blair sind daher wertvolle Impulse für Europas künftige Entwicklung zu erwarten. Auch die neue Regierung in Frankreich hat sich der weiteren Integration in Europa verschrieben: Unter Führung von Lionel Jospin sollen die gemeinsame europäische Wahrung und die Osterweiterung vorangetrieben werden, wird das nachlassende deutsche Engagement für die Weiterentwicklung der Politischen Union bedauert. Wie steht die Regierung unter Aleksander Kwasniewski zu einer der wichtigsten außenpolitischen Herausforderungen der Zukunft ihres Landes, dem Beitritt zur EU? Polens in der Europa-Politik noch unerfahrene neue Regierung, konstatiert der Autor, wünscht sich einen kritischen, sachkundigen, floskellosen Dialog mit der EU.

Das Europa der Regionen 73

von Manfred Dammeyer

Der Ausschuss der Regionen hat sich mit seiner pragmatischen Arbeit Respekt unter den europäischen Institutionen verschafft: er aufert sich vor allem zu Umweltfragen, zur Landwirtschaft und zur Regionalpolitik. Der Ausschuss ist Ausweis der Vielfalt und Heterogenität Europas.

Europa-Wahl 1999. 77**Für die indirekte Wahl des EU-Kommissionspräsidenten**

von Paul F. Nemitz

In der „indirekten“ Wahl des EU-Kommissionspräsidenten liegt eine Möglichkeit zu Fortschritten im Hinblick auf eine demokratisch legitimierte politische Integration Europas. Die Mitte 1999 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament hatten somit eine identitätsstiftende Wirkung in den Nationalstaaten der Europäischen Union.

Die Bundesländer und Europa. 83**Einschränkung des europäischen Integrationsprozesses?**

von Elmar Brok

Unangebrachte Föderalismussehle 87

von Franz H.U. Borkenhagen

Schwerfalligere Entscheidungsstrukturen sind nach Auffassung des Europa-Abgeordneten Elmar Brok der Preis für ein Mehr an Demokratie und Föderalismus. Die Bundesländer, so Brok, tragen ein hohes Maß an europapolitischer Verantwortung, bei deren Ausübung sachliche, nicht etwa populistische Argumente gefragt sind. Wer die Rechte der Länder in der EU für überdehnt halte, der fordert zwangsläufig Zentralismus und Regelungsdichte durch die EU, argumentiert dagegen Borkenhagen. Europa-Politik gelinge besser, wenn Regionen und Länder von ihren Mitwirkungsrechten Gebrauch machten.

- STOLPERSTEINE -
AUF DEM WEG ZU EINER ERWEITERTEN UNION

- Mythos der Erweiterungsfähigkeit.
Die EU vor ihrer ersten Osterweiterung** **91**
von Josef Janning und Claus Giering
- Die allgemeinen Freudenäußerungen über die schließlich erfolgte Einigung von Amsterdam verdeckt nach Meinung der Autoren nur die Tatsache, daß auch dort wieder Besitzstandwahrung am Werk war und auf Zeit gespielt wurde. Der Aufbruch zu neuen Ufern ist ausgeblieben.
- Deutschland: An wait Mitteleuropas.
Eine polnische Sieht der deutschen Europa-Politik** **99**
von Krzysztof Skubiszewski
- Für den ehemaligen polnischen Außenminister ist Deutschland der natürliche Anwalt Polens und der anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. Auf Deutschland ruhen die Hoffnungen dieser Länder, ein Wiedererstehen der Bipolarität in der europäischen wie in der Weltpolitik zu verhindern.
- Die noch offenen Fragen der EU-Erweiterung** **104**
von Alyson J.K. Bailes
- Die bevorstehende Erweiterung der EU bringt für die Sicherheit des Kontinents eine Vielzahl von Problemen mit sich. Die Autorin pladiert für eine Erweiterungsstrategie, die den Sicherheitsbedürfnissen derjenigen „drinnen“ ebenso entsprechen sollte wie derjenigen „draußen“.
- Im Bummelzug nach Brüssel?
Der wirtschaftliche und politische Stand der EU-Bemittelsanwärter („Pre-Ins“)** **109**
von Rene Holtschi
- In gründlicher Analyse der Wirtschaftsdaten Bulgariens, Lettlands, Litauens, Rumaniens und des Aufenseiters Slowakei kommt *Holtschi* zum Schluß, daß die Europäische Union primär eigene Interessen verfolgt hat, als sie einige Transformationsländer in den Bummelzug statt in den Schnellzug nach Brüssel verwiesen hat. Er fordert von der EU viel Geschick und Phantasie, damit die Fahrt der „Pre-ins“ in die EU nicht auf einem Abstellgleis endet.
- Wo endet Europa?
Zur politischen und geographischen Identität der Union** **116**
von **Klaus-Dieter Frankenberger**
- Die größte Herausforderung der EU ist die geplante Osterweiterung, die die frühere Unvollständigkeit der europäischen Einigung korrigiert. Sie setzt jedoch eine umfassende Reform der Institutionen sowie eine Vergewisserung politischer, kultureller und geographischer Grenzen voraus.

- WEICHENSTELLUNGEN -
EUROPA UND DIE GEMEINSAME WAHRUNG

- Braucht die gemeinsame Wahrung die Politische Union?** **122**
von Peter Bofinger
- Der Wirtschaftswissenschaftler beantwortet diese Frage eindeutig: Eine sorgfältige Analyse der historischen Erfahrungen zeigt, daß es keinerlei Zwangsläufigkeit zwischen Währungsintegration und politischer Integration gibt. Aus ökonomischer Sicht wäre die Zeit für die Politische Union erst bei einem hohen Maß an wirtschaftlicher Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten reif.

Schlüsse zu fairem Wettbewerb. Ein Plädoyer für die Europäische Währungsunion	128
von Hilmar Kopper	

Wirklich so notwendig? Argumente gegen die Europäische Währungsunion	130
von Manfred J.M. Neumann	

Das Vorstandsmitglied der Deutsche Bank AG und der an der Universität Bonn lehrende Volkswirtschaftsprofessor legen ihre gegensätzlichen Positionen zur Frage der Europäischen Währungsunion dar. Für Hilmar *Kopper* liegt in ihr der Schlüssel zu fairem Wettbewerb im gemeinsamen Markt; Manfred *Neumann* hingegen plädiert für die politische Option einer geregelten Verschiebung um zwei Jahre, damit die geplante Union im Jahre 2001 mit fast allen Ländern und ohne Währungsunruhen beginnen kann.

Die „Pre-Ins“ der EWU. Zügiger Beitritt oder ewige Zweite?	133
von Norbert Walter	

Der Autor untersucht, wie die Aussichten derjenigen EU-Staaten stehen, die an der ersten Runde der Einführung des Euro nicht teilnehmen können oder wollen. Der Chefvolkswirt der Deutsche Bank Research GmbH kommt zu dem Schluss, daß über kurz oder lang alle heutigen EU-Staaten dem Euro ohne größere Turbulenzen beitreten werden - vorausgesetzt, der Euro hat Erfolg.

Europa nach dem Euro. Ökonomische Integration ohne politischen Fortschritt	137
von Fritz W. Scharpf	

Europa nach dem Euro wird für nationale Regierungen und Gewerkschaften eine schwierige Welt sein, in der die sozial- und verteilungspolitischen Ziele nur noch durch Strategien verwirklicht werden können, die die Wettbewerbsfähigkeit im größeren europäischen Markt nicht in Frage stellen. Hierin liegt die eigentliche Herausforderung des künftigen Euro-Landes.

Europäische Zukunft im Zeitalter der Globalisierung. Mit dem Euro beginnt die eigentliche Diskussion	143
von Manfred Lahnstein	

Wie will sich Europa gegen die mit der Globalisierung heraufziehenden politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Probleme behaupten? Für *Lahnstein* steht fest, daß der weltweite Wettbewerb in den Bereichen Produktivität, Innovationsfähigkeit und Bildung entschieden wird. Er sagt eine wesentlich größere individuelle Verantwortung einschließlich höherer Finanzlasten voraus und fordert von Europa, sich den neuen Prioritäten dynamisch zu stellen.

Aus dem Tritt geraten. Beistandungen des deutsch-französischen Tandems	149
von Christian Müller	

Daß die deutsch-französischen Gemeinsamkeiten in der Europa-Politik eher ab- als zugenommen haben, zeigt sich nach Auffassung des Autors nicht nur bei der Diskussion um die Besetzung des Präsidentenpostens der Europäischen Zentralbank. Auch einseitige französische Entscheidungen in der Verteidigungspolitik haben das deutsch-französische „Tandem“ ins Schlingern gebracht.

DOKUMENTE

Die Entwicklungen in Europa 156

Einführung von Dagmar Schittly

Ambitionierte europäische Vorhaben wurden in den vergangenen Jahren zu konkreten Projekten: Mit der „Agenda 2000“ wurden die Weichen für die Erweiterung der Europäischen Union gestellt; die Festlegung der Mechanismen sowie der Teilnehmer an der Wirtschafts- und Währungsunion machte den Weg frei für die Einführung der gemeinsamen Währung Euro zu Beginn des Jahres 1999. Gleichzeitig offenbarten sich jedoch die damit verbundenen Probleme: Der notwendigen institutionellen Reform der EU konnte weder durch einzelne Initiativen für mehr Flexibilität, noch durch das Vertragswerk von Amsterdam entsprochen werden.

EUROPAISCHE INTEGRATION/FLEXIBILITÄT

- Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Katholische Universität am 2. Februar 1996 in Löwen/Belgien (Auszug) 161
- Gemeinsamer Diskussionsbeitrag des deutschen und des französischen Außenministers, Klaus Kinkel und Herve de Charette, für die Regierungskonferenz zur verstärkten Zusammenarbeit, veröffentlicht am 18. Oktober 1996 in Bonn und Paris 163
- Gemeinsamer Beitrag des deutschen und des niederländischen Außenministers, Klaus Kinkel und Hans van Mierlo, für die Tageszeitungen Die Welt (Berlin) und De Volkskrant (Amsterdam) am 22. November 1996 167
- Vorschlag der italienischen Delegation zur Flexibilität, vorgelegt am 14. Januar 1997 in Brüssel (gekürzt) 170
- Grundsatzpapier der Europäischen Kommission zur Flexibilität und verstärkten Zusammenarbeit, vorgelegt am 21. Januar 1997 in Brüssel 174
- Brief des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten, Helmut Kohl und Jacques Chirac, an den Vorsitzenden des Europäischen Rates, den britischen Premierminister, Tony Blair, veröffentlicht am 9. Juni 1998 in Bonn (gekürzt) 178

DER VERTRAG VON AMSTERDAM

- Erklärung des britischen Premierministers, Tony Blair, am 18. Juni 1997 über die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 16. und 17. Juni 1997 in Amsterdam vor dem House of Commons (Auszug) 180
- Beschluss der 17. Konferenz der Europa-Minister der Bundesländer zu den Ergebnissen der Regierungskonferenz am 25. Juni 1997 in Bonn 182
- Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 26. Juni 1997 zur Tagung des Europäischen Rates am 16. und 17. Juni 1997 in Amsterdam (gekürzt) 185
- Erklärung der deutschen Bundesregierung zum Europäischen Rat in Amsterdam, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl am 27. Juni 1997 in Bonn (gekürzt) 188

Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union,
der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit
zusammenhängender Rechtsakte in seiner am 2. Oktober 1997 unterzeichneten Fassung,
veröffentlicht am 6. Oktober 1997 in Brüssel (gekürzt) 192

Rede der schwedischen Außenministerin, Lena Hjelm-Wallen, zum Amsterdamer Vertrag
am 7. Oktober 1997 in Stockholm 221

OSTERWEITERUNG DER UNION

Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Santer, bei der Vorlage
der Agenda 2000 vor dem Europäischen Parlament am 16. Juli 1997 in Straßburg 223

Agenda 2000, dem Europäischen Parlament vorgelegt von der Europäischen Kommission
am 16. Juli 1997 in Straßburg (Auszüge) 230

Rede des polnischen Ministerpräsidenten, Jerzy Buzek, über die Zukunft Polens
im vereinten Europa bei einer Veranstaltung der Universität Bonn und der Deutschen
Gesellschaft für Auswärtige Politik am 3. Februar 1998 in Bonn 258

Rede des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Santer, über die
Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union am 7. Mai 1998 in Speyer (gekürzt) 262

Interview des deutschen Außenministers, Klaus Kinkel, zur Forderung nach einer
Verschiebung der EU-Osterweiterung mit dem Kölner Stadt-Anzeiger vom 12. Mai 1998 268

Rede des polnischen Außenministers, Bronisław Geremek,
bei der Verleihung des Karlspreises am 21. Mai 1998 in Aachen (gekürzt) 269

EUROPAISCHE WIRTSCHAFTS- UND WAHRUNGSUNION

Stabilitätspakt für Europa, vorgelegt vom Bundesminister der Finanzen,
Theo Waigel, am 10. November 1995 in Bonn 273

Entschließung des Europäischen Rates in Amsterdam am 16. und 17. Juni 1997
über den Stabilitäts- und Wachstumspakt (gekürzt) 278

Konvergenzbericht des Europäischen Währungsinstituts (EWI), nach Artikel 109 j
des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgeschriebener Bericht,
24. März 1998 (Auszug) 280

Empfehlung der Europäischen Kommission für eine Empfehlung des Rates
nach Artikel 109 j Absatz 2 vom 25. März 1998 287

BeschluG der deutschen Bundesregierung zum Teilnehmerkreis
der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vom 27. März 1998 288

Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerden
bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion vom 31. März 1998 (gekürzt) 290

INHALT

Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich der Debatte im Deutschen Bundestag über die Konvergenzberichte zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion am 2. April 1998 in Bonn (gekürzt)	296
Entschließung des Europäischen Parlaments zur demokratischen Rechenschaftspflicht in der dritten Stufe der WWU vom 2. April 1998	300
Eingangsstatement des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, vor dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages am 3. April 1998 in Bonn (gekürzt)	303
Erklärung des Rates Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Union zur Haushaltskonsolidierung am 1. Mai 1998 in Brüssel	308
Empfehlung des Rates Wirtschaft und Finanzen zur Ernennung der Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank am 2. Mai 1998 in Brüssel (Auszug)	310
Entscheidung des Rates der Europäischen Union betreffend die an der einheitlichen Währung teilnehmenden Länder vom 2. Mai 1998 in Brüssel	311
Mündliche Erklärung des Präsidenten des Europäischen Währungsinstituts, Wim Duisenberg, bei der Sondertagung des Rates der Europäischen Union in Brüssel am 2. Mai 1998	318
Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Jacques Chirac, nach der Sondertagung des Rates der Europäischen Union am 2. Mai 1998 in Brüssel	318
Gemeinsames Kommuniqué der Wirtschafts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten, der Zentralbankgouverneure, der Europäischen Kommission und des Europäischen Währungsinstituts zur Festlegung der unwiderruflichen Umrechnungskurse für den Euro am 3. Mai 1998 in Brüssel	320